

Landesausschuss der Studentinnen und  
Studenten (LASS) GEW Niedersachsen  
Berliner Allee 16  
30175 Hannover  
Sprecherin: Elke Michauk  
Mail: [lass@gew-nds.de](mailto:lass@gew-nds.de)  
Mobil: 0163 – 2555 905  
[www.gew-niedersachsen.de/lass](http://www.gew-niedersachsen.de/lass)

An die studentischen Mitglieder der  
GEW in Niedersachsen

Lüneburg, den 15. Juli 2008

Liebe Kommiliton/innen, werte Kolleg/innen.

Auf seiner Sitzung am 15. März 2008 hat der Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) GEW Niedersachsen beschlossen, den Studierenden der GEW Niedersachsen im Rahmen seiner personellen und zeitlichen Kapazitäten einen hochschulpolitischen Newsletter herauszugeben.

Euch liegt im Folgenden der erste Newsletter in analoger Form vor.  
Zukünftig wollen wir den Newsletter digital an euch verschicken – das spart uns Papier und Porto und euch lästiges Abtippen von URLs.

Um zukünftig die Zusendung eines digitalen Newsletters bewerkstelligen zu können, bitten wir euch, euer Interesse am hochschulpolitischen Newsletter des LASS GEW Niedersachsen durch eine E-Mail an [lass@gew-nds.de](mailto:lass@gew-nds.de) zu bekunden.

Eure E-Mail-Adresse wird dann bei der GEW entsprechend den allgemeinen Datenschutzbestimmungen gespeichert und ausschließlich für die Versendung von Informationen und Terminhinweisen genutzt.

In jedem Fall gilt: Wir freuen uns über Kritik und Lob aber auch auf Anregungen für zukünftige Newsletter.

Mit solidarischen Grüßen



Elke Michauk  
(Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen)

## Hochschulpolitischer Newsletter des LASS GEW Niedersachsens

- I. Niedersachsen – Status quo in der Studiengebührendebatte**
- II. Bundesgebiet – Hessen schafft Studiengebühren ab**
- III. Neues aus der Bildungsgewerkschaft**
- IV. Termine**
- V. Neue Publikationen**
- VI. Neu im Netz**
- VII. Impressum**

### **I. Niedersachsen**

#### Status quo bei Studiengebühren?

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes am 26. Januar 2005 wurde die Studiengebührenfreiheit auf Bundesebene aufgehoben. In Folge dessen standen den Bundesländern Tür und Tor auf, Studiengebühren bis zu 500 € einzuführen.

Niedersachsen war eines der ersten Bundesländer neben Bayern und Baden-Württemberg sowie Hessen und Nordrhein Westfalen, welches allgemeine Studiengebühren einführt.

Im Januar 2008 zogen mehrere Parteien einerseits mit der Evaluierung der Verwendung von Studiengebühren an den Hochschulen Niedersachsens sowie andererseits der Abschaffung von Studiengebühren in den Wahlkampf. Im Koalitionsvertrag 2008 – 2013 zwischen CDU und FDP ist folgendes zu lesen: *„Wir werden die Wirkung der Studienbeiträge evaluieren. Bei der Bewertung der Ergebnisse werden wir insbesondere gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, ob die Übertragung der Kompetenz für eine eigene Gestaltung der Studienbeiträge im Rahmen der Landesvorgaben mit einem Höchstbetrag von 500 € pro Semester an die Hochschulen sinnvoll ist.“* Seither wurde das Thema Studiengebühren allerdings eher unter den Teppich gekehrt, denn auf die Agenda gesetzt.

Was die großen nicht können, das kann eine kleine Partei augenscheinlich besser: Mit der Abschaffung von allgemeinen Studiengebühren zog DIE.LINKE in den Wahlkampf und legte dem Landtag nunmehr einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung von Studiengebühren vor. Dieser sieht die Abschaffung von allgemeinen Studiengebühren sowie die Abschaffung der Verwaltungskostenbeiträge in Höhe von 75 € pro Semester vor.

Weitere Informationen:

[http://www.cdu-niedersachsen.de/aktuell/pressemeldungen/index.php?we\\_objectID=6491](http://www.cdu-niedersachsen.de/aktuell/pressemeldungen/index.php?we_objectID=6491)

#### Gesetzesentwurf für Gesamtschulen vorgelegt

Bereits Ende April legte die Landesregierung Niedersachsens einen neuen Gesetzesentwurf für die Gründung von Gesamtschulen vor. So sollen nach dem Willen der CDU und FDP Gesamtschulen lediglich als Ergänzung zum normalen Angebot errichtet werden. Bereits im Koalitionsvertrag 2008-2013 lässt sich folgender Passus finden: *„Jedes Kind hat unterschiedliche Interessen, Begabungen und Talente. Die Koalitionspartner bekennen sich daher klar zu dem begabungsgerechten, differenzierten und gegliederten Schulsystem als Regelschulsystem in Niedersachsen, das wohnortnah vorgehalten wird. Deswegen setzen sie die Profilierung der einzelnen Schulformen fort. Als Ergänzung kann die Gründung von Gesamtschulen auf Antrag der*

*Schulträger ermöglicht werden, sofern das Regelschulsystem dauerhaft nicht gefährdet wird und der nachhaltige Elternwille und Bedarf besteht.“*

Integrierte Gesamtschulen sollen künftig mindestens 5-zügig und nicht mehr 4-zügig sein. Auch die Vorschrift, dass neu gebildete und bestehende Gesamtschulen gezwungen werden sollen, alle angemeldeten Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, soll der von CDU und FDP ungeliebten Schulform schaden. Der Aufnahmezwang soll Gesamtschulen zu „Mammut-Schulen“ machen, die CDU und FDP früher entschieden bekämpft haben. Vor allem für die ländlichen Regionen Niedersachsens bedeutet dies faktisch die Aufrechterhaltung des Errichtungsverbotes von Gesamtschulen.

Im Juli soll der Gesetzesentwurf im Landtag verabschiedet werden.

Weitere Informationen:

[http://www.gew-nds.de/E\\_W/mai08/10.pdf](http://www.gew-nds.de/E_W/mai08/10.pdf)

[http://www.gew-nds.de/E\\_W/mai08/11.pdf](http://www.gew-nds.de/E_W/mai08/11.pdf)

<http://www.gew-nds.de/meldungen/uebergangsgesetz.php>

## **II. Bundesgebiet**

### Hessen schafft Studiengebühren ab

Die hessische Landesregierung unter Roland Koch und Udo Cort führten 200x allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 € pro Semester ein. Seither setzten die Studierenden Hessens alle Hebel in Bewegung, um die Hochschulmaut nicht mehr zahlen zu müssen. Nach massiven Protesten in den vergangenen zwei Jahren auf gerichtlicher Ebene (Einreichung einer Verfassungsklage) sowie durch eine breite außerparlamentarische Opposition, einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Schüler/innen, Eltern und Studierenden und durch die Verlagerung von Demonstrationen z.B. auf Autobahnen erregten Studierenden die mediale Öffentlichkeit vor allem 2007.

Das Wahlergebnis der Landtagswahlen im Frühjahr 2008 spiegelt eine eindeutige Absage an die CDU-Politik in Hessen wider: SPD als auch DIE.LINKE gewannen massiv Stimmanteile .

Anfang Juni entschied der Staatsgerichtshof des Landes Hessen, dass die am Ende mit über 70.000 Unterschriften unterstützte Verfassungsklage, ungültig sei, da das Studiengebührengesetz mit der Verfassung vereinbar sei. Für viele war und ist dieses Urteil unverständlich, da die Verfassung eindeutig die Entgeltfreiheit festlegt. Die Mehrheit für diesen Entscheid in dem mit 12 Richtern besetzten Gremium fiel mit sieben zu fünf denkbar knapp aus. Lesenwert ist in diesem Zusammenhang die abweichende Meinung der unterlegenen fünf Richter des Staatsgerichtshofs: Sie konstatieren, dass die Mehrheitsentscheidung der Hessischen Verfassung nicht gerecht werde und insbesondere der Wortlaut und Sinn des für dieses Normenkontrollverfahren zentralen Artikel 59 der Hessischen Verfassung geradezu in deren Gegenteil verkehre, ohne dass es dafür eine rechtlich vertretbare Begründung gäbe.

Wenngleich der rechtliche Weg scheiterte, hielten sich SPD, DIE.LINKE und Bündnis 90/Die Grünen an ihre Wahlversprechen und legten einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung allgemeiner Studiengebühren sowie Langzeitgebühren vor. Mit einer Mehrheit wurde das Gesetz im Landtag angenommen. Doch zu früh gefreut: Der kommissarische Ministerpräsident Roland Koch wollte das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren (zu recht) nicht unterzeichnen:

Durch ein Versehen haben SPD und Grüne durch ihre letzten Änderungen einen entscheidenden Passus unter den Tisch fallen lassen, die Studiengebührenfreiheit. Am 17. Juni entschied der Landtag auf einer Sondersitzung des Landtages für das Gesetz. Hessen ist ab dem Wintersemester 2008/2009 wieder studiengebührenfrei.

Hintergrundinformationen:

<http://hessen.uebergebuhr.de/de/aktuell/news/meldung/ansicht/2008/06/die-verfassungsklage-und-das-urteil-des-staatsgerichtshof/>

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-778-zu-frueh-gefreet.php>

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-783-hessen-zweiter-anlauf.php>

### Abschaffung HRG aufgeschoben!

Bundesministerin Schavan hatte ja im vergangenen Jahr angekündigt, das Hochschulrahmengesetz (HRG) komplett abzuschaffen. Insbesondere die GEW, aber auch der Dachverband der Studierenden in Deutschland (fzs) sprachen sich im Folgenden gegen die Abschaffung des HRG und damit gegen den nunmehr bestehenden föderalen Flickenteppich aus, welchen es nach der Abschaffung des HRG geben wird.

Das Bundeskabinett hat im Mai 2007 den Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes beschlossen. Selbst das vernichtende Urteil der Sachverständigen in der Bundestagsanhörung im November 2007 hat Schavan nicht von ihrem Vorhaben abbringen können. Bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben die Argumente der Expert/innen offenbar das Denken angeregt: Die SPD stellte sich seitdem dem weiteren parlamentarischen Verfahren entgegen und blockiert die Abschaffung bis auf weiteres.

Im ursprünglichen Referent/innenentwurf war der 1. Juni 2008 als Aufhebungstermin für das HRG vorgesehen. Dies wurde im offiziellen Gesetzesentwurf bereits auf den 1. Oktober 2008 korrigiert. Im Ausschuss wurden wir nun informiert, dass sich das Inkrafttreten der HRG-Abschaffung auf den 1. April 2009 verzögern werde. Angesichts der großen Konflikte in der Großen Koalition ist aber zweifelhaft, dass dieser Termin gehalten wird.

Weitere Informationen:

[http://www.studis-online.de/HoPo/art-594-hrg\\_ueber\\_bord.php](http://www.studis-online.de/HoPo/art-594-hrg_ueber_bord.php)

<http://www.studis-online.de/StudInfo/Glossar/HRG-Hochschulrahmengesetz.php>

### **III. Neues aus der Bildungsgewerkschaft...**

#### GEW fordert zehn Semester für alle Lehrkräfte

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Kultusministerkonferenz (KMK) führen derzeit Verhandlungen über eine Rahmenvereinbarung über die Anrechnung von Teilen des Vorbereitungsdienstes (Referendariat) auf das Masterstudium. In ihrem 317. Plenum am 28. Februar 2007 hatte die KMK beschlossen, abweichend von ihren „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben“ ein nur acht Semester (240 ECTS-Punkte) umfassendes Bachelor- und Masterstudium in der Lehrerbildung nur dann zuzulassen, wenn durch Einbeziehung von zwei Semestern (60 ECTS-Punkte) des Vorbereitungsdienstes insgesamt zehn Semester (300 ECTS-Punkte) erreicht werden. Diese Verhandlungen konnten offensichtlich bislang nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Streitpunkt ist, inwieweit die Hochschulen die Verantwortung für Ausbildungsformate und Prüfungsverfahren für die zur Anrechnung auf das Studium vorgesehenen Teile des Vorbereitungsdienstes wahrnehmen können.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert eine einheitliche Studiendauer von zehn Semestern (300 ECTS-Punkte). „Wir fordern den 'großen Master' für alle - für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen ebenso wie für ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien“, erklärte das für Hochschulen verantwortliche Vorstandsmitglied der GEW, Andreas Keller. Nach Ansicht der GEW bringt die Anrechnung von Anteilen des Vorbereitungsdienstes auf das Studium nur Nachteile für die Studierenden. So könnten die Länder nicht garantieren, dass der

Übergang in den Vorbereitungsdienst ohne Verzögerungen über die Bühne geht. „*Etliche Lehramtsstudierende müssten dann nicht nur auf ihren Referendariatsplatz warten, sondern stünden in der Wartezeit mit leeren Händen da - denn die Hochschule dürfte ihnen ohne Referendariat keinen Studienabschluss geben*“, unterstrich Keller.

Weitere Informationen:

[http://wissenschaft.gew.de/GEW-Stellungnahme\\_zum\\_KMK-Beschluss\\_zur\\_Lehrerbildung.html](http://wissenschaft.gew.de/GEW-Stellungnahme_zum_KMK-Beschluss_zur_Lehrerbildung.html)

#### „Gute Lehre ist ein Job für Profis“ - Bildungsgewerkschaft legt Positionspapier zur Hochschullehre vor

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert eine „Qualitätsoffensive für gute Hochschullehre“.

„Gute Lehre ist ein Job für Profis. Wer exzellente Forschung betreibt, macht nicht automatisch gute Lehre“, erklärte das für Hochschulen verantwortliche GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. Noch vor den Empfehlungen des Wissenschaftsrats ([www.wissenschaftsrat.de](http://www.wissenschaftsrat.de)) hat die Bildungsgewerkschaft ein eigenes Positionspapier zur Lehre an Hochschulen beschlossen.

Hochschullehrerinnen und -lehrer sollten Kompetenzen in der Lehre systematisch erwerben. Und: Sie sollten diese bei Berufungen auf eine Professur auch nachweisen. Keller unterstrich die institutionelle Verantwortung der Hochschulen: „Die Lehre ist eine der Hauptaufgaben der Hochschulen. Sie muss zum Dreh- und Angelpunkt von Personalentwicklung und Qualitätsmanagement werden.“

Keller schlug weiter vor - analog zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) - , eine Deutsche Lehrgemeinschaft im Verbund von Hochschulen, Lehrenden und Studierenden zu gründen, finanziert durch Bund und Länder. „Bei der Vergabe von Drittmitteln für die Lehre sollen die Studierenden als Experten für die Lehre ein halbparitätisches Mitbestimmungsrecht haben“, betonte der GEW-Hochschulexperte.

[http://www.gew.de/GEW\\_Gute\\_Lehre\\_ist\\_ein\\_Job\\_fuer\\_Profis.html](http://www.gew.de/GEW_Gute_Lehre_ist_ein_Job_fuer_Profis.html)

## **IV. Termine**

### BASS Sitzung

23./24. August in Leer (bei Papenburg)

### Zweite Wissenschaftskonferenz: „Innovation durch Partizipation - Steuerung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im 21. Jahrhundert“ 25.–29. August 2008, in Papenburg (Niedersachsen)

Die Steuerung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen steht auf dem Prüfstand. Wer steuert die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Zukunft wohin? Wie können die Organisations-, Leitungs- und Entscheidungsstrukturen zeitgemäß ausgestaltet werden? Wo bleibt dabei die Partizipation der an Forschung, Lehre und Studium beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studentinnen und Studenten? Braucht exzellente Wissenschaft nicht auch exzellente Mitbestimmung? Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Internationalisierung von Hochschule und Forschung? Welchen Beitrag können künftig die Gewerkschaften zur Hochschulsteuerung leisten, welche Rolle spielen die Studentenwerke? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der aktuellen wissenschaftspolitischen Diskussionen. Wir

möchten den Fragen auf den Grund gehen, die unterschiedlichen Perspektiven wissenschaftspolitischer Akteure dazu hören und die Perspektiven einer Neuordnung der Steuerung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausloten, bei der die Partizipation nicht auf der Strecke bleibt, sondern als Triebkraft für die Innovation von Hochschule und Forschung zum Zuge kommt.

Der Bogen soll dabei von den Spuren der Auseinandersetzungen um die Demokratisierung der Hochschulen seit 1968 über die Reichweite und Grenzen der Entstaatlichung, die Handlungsspielräume von Betriebs- und Personalräten, die Perspektiven der Mitbestimmung in Europa, die soziale Öffnung der Hochschulen als Grundlage der Demokratisierung von Bildung und Wissenschaft, die Steuerungsmöglichkeiten von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bis hin zur Perspektive gesellschaftlicher Interessenvertretung in Hochschulräten gespannt werden.

Mehr Informationen unter: [www.wissenschaft.gew.de/Wissenschaftskonferenz\\_2008.html](http://www.wissenschaft.gew.de/Wissenschaftskonferenz_2008.html)

### Herbstakademie: Theorie und Kritik der gesellschaftlichen Praxis

Vom 26. bis 30. September 2008 findet die Herbstakademie von BdWi und Helle Panke in Werftpfuhl (bei Berlin) statt.

Die Struktur der diesjährigen Herbstakademie unterscheidet sich von der früherer Jahre: Sie ist stärker auf die Beteiligung aller Anwesenden und auf Textarbeit und Diskussion in Arbeitsgruppen angelegt. Die Tage beginnen mit einem Grundlagenreferat, zu dem sich unterschiedliche AGs bilden, die am Abend zu einer gemeinsamen Diskussion (mit den Referentinnen und Referenten) zusammenfinden.

Referentinnen und Referenten: u.a. Mario Candeias, Frank Deppe, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Morus Markard

Weitere Informationen und ein Anmeldeformular:  
[http://www.bdwi.de/termine/event\\_13435.html](http://www.bdwi.de/termine/event_13435.html)

### Auf nach Malmö! - Das Europäische Sozialforum 2008

Nach den großen Protesten beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wollen wir in diesem Jahr mit vielen Menschen am Europäischen Sozialforum (ESF) in Malmö teilnehmen.

Die schwedische Hafenstadt Malmö wird fünf Tage lang Treffpunkt von Aktiven aus sozialen Bewegungen ganz Europas sein. Dort diskutieren in NGO's engagierte Menschen wie u.a. Gewerkschaftsaktive, Friedens-, Umwelt- und Antikriegsbewegungen, Menschenrechtsaktivisten/innen, Frauenrechtsgruppen, Attac, Greenpeace, Migranten/innen-Initiativen, Kirchliche Gruppen und Sozialisten/innen miteinander über ein solidarisches Europa. Auf diesem großen Alternativgipfel geht es außerdem um Möglichkeiten und Strategien im Kampf für eine gerechtere Welt. 20.000 Menschen aus Europa und der ganzen Welt werden sich in über 200 Workshops und Veranstaltungen informieren, austauschen und vernetzen. Aber es wird auch gefeiert und mit einer internationalen Großdemonstration am 20.9. ein Zeichen gegen das Europa der Konzerne, den Neoliberalismus und den Krieg gesetzt werden!

Informationen und Kontakt zur Fahrt nach Malmö: ver.di Jugend Niedersachsen-Bremen, Gosseriede 10, 30159 Hannover. [www.jugend.nds-bremen.verdi.de](http://www.jugend.nds-bremen.verdi.de)

[www.esf2008.org](http://www.esf2008.org)

## „Prekäre Arbeit: Ursachen – Folgen – Handlungsmöglichkeiten“

Zunehmend verfolgen Unternehmen die Strategie, unbefristete Arbeitsplätze mit tariflichen Vergütungen durch unsichere und prekäre Jobs zu ersetzen. Als prekär bezeichnen wir ein Beschäftigungsverhältnis dann, wenn es befristet ist und/oder das Gehalt deutlich unter dem Durchschnittseinkommen liegt sowie Arbeitnehmerschutzrechte reduziert sind.

Eine Zukunftsplanung für den/die Beschäftigten/e wird so schwierig bis unmöglich.

Mit unserer Tagung wenden wir uns an die in den Fachbereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Besondere Dienstleistungen organisierten Betriebs- und Personalräte. Dabei wollen wir die Prozesse der Prekarisierung analysieren, beschreiben und dazu beitragen, gemeinsame Strategien zu deren Bekämpfung zu entwickeln. Zunächst wird untersucht, was prekäre Beschäftigung ist, unter welchen Bedingungen sie entsteht und welche Auswirkungen sie hat. Exemplarische Schilderungen und Statements von betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus den Organisationsbereichen der beiden Fachbereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Besondere Dienstleistungen werden verdeutlichen, was prekäre Beschäftigung bedeutet. Der Arbeit der Betriebs- und Personalräte in den Betrieben und Dienststellen sowie unsere gewerkschaftlichen Arbeit kommt bei der Auseinandersetzung über prekäre Arbeit besondere Bedeutung zu. Darum werden wir auf die tariflichen Möglichkeiten der Regulierung prekärer Arbeit eingehen und konkrete Handlungsmöglichkeiten für die betrieblichen Interessenvertretungen aufzeigen.

<http://www.file-upload.net/download-958444/08-Flyer-Prekaere-Arbeit.pdf.html>

## Selbstverteidigung für Studierende – Ein Seminar zur Orientierung im Hochschuldschungel 18./19. Oktober 2008 (Springe)

Hochschulen als Orte gesellschaftlicher Veränderung und Innovation unterliegen seit ihrem Bestehen gesellschaftlichen Einflüssen, welche sich durch strukturelle und/oder inhaltliche Reformen kennzeichnen lassen.

Im Rahmen dieser Veränderung war und ist studentische Mitbestimmung stets eines der umkämpften Themenfelder gewesen.

Vor dem Hintergrund der Orientierung der Hochschulen an zunehmend ökonomischen Kennziffern, Einführung von Managementstrukturen an Hochschulen sowie der Einführung von Studiengebühren, welche ihrerseits zu einer Verschärfung der sozialen Selektion unseres Bildungssystems beiträgt, bleibt auch die studentische Mitbestimmung nicht unangetastet:

Wenn sich Rahmenbedingungen ändern, dann sind zwangsläufig auch die Partizipationsmöglichkeiten von Studierenden Veränderungen unterworfen.

Mit unserem Seminar wollen wir versuchen, einen Bogen zwischen der Komplexität der aktuellen Hochschulpolitik und der praktischen Arbeit vor Ort zu spannen und uns kritisch mit den Rahmenbedingungen des Studiums in Zeiten von Bachelor/Master, Studiengebühren, Hochschulräten... auseinandersetzen.

Anmeldung: [lass@nds.de](mailto:lass@nds.de)

## LASS Mitgliederversammlung

1. November 2008, Hannover – weitere Informationen folgen

## V. Neue Publikationen

### 6. GEW-Privatisierungsreport zum Thema „Schöne neue Hochschulwelt“ erschienen

Der Einfluss von Unternehmen auf Universitäten und Fachhochschulen nimmt zu. Firmenwerbung und Steuerungsmechanismen der Privatwirtschaft halten Einzug. Kaum ein Bildungsbereich wird derzeit aber so grundlegend umgebaut wie Universitäten und Fachhochschulen. Doch eine öffentliche Diskussion findet nur am Rande statt. Von dieser Entwicklung - und vom Widerstand dagegen - handelt der neu erschienene Privatisierungsreport Nummer 6.

[http://www.gew.de/Privatisierungsreport\\_6\\_Schoene\\_neue\\_Hochschulwelt.html](http://www.gew.de/Privatisierungsreport_6_Schoene_neue_Hochschulwelt.html)

### 7. GEW-Privatisierungsreport erschienen – Schulen

Die GEW hat ihren 7. Privatisierungsreport veröffentlicht. Er beschäftigt sich mit dem Bereich der Kindertagesstätten und zeigt auf, wie weit der neoliberale Umbau in einzelnen Bundesländern bereits fortgeschritten ist: Die Bundesregierung hat das Tor für gewerbliche Kita-Betreiber geöffnet. Der Report wirft auch einen Blick auf börsennotierte US-amerikanische und australische Kita-Konzerne, die auch in Deutschland Profit machen möchten.

<http://www.gew.de/Binaries/Binary34835/GEW-Priva-7-web.pdf>

### Forum Wissenschaft Ausgabe 2/2008

Der Schwerpunkt des aktuellen Heftes lautet: Mythos „Wissengesellschaft“: Verklärung oder Aufklärung? Acht Autorinnen und Autoren diskutieren, was hinter diesem Begriff steckt, was er verbirgt und welche Fragen er aufwirft.

Weitere Informationen zur aktuellen Ausgabe:

[http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/fowi\\_2\\_2008.html](http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/fowi_2_2008.html)

### “Geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Wissenschaft“

“Geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Wissenschaft“ lautet der Titel einer Handreichung, den die Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF) vorgelegt hat. Gerne gebe ich den Hinweis auf die Neuerscheinung an euch weiter. Ihr könnt die Handreichung bei der BuKoF bestellen oder im Internet downloaden:

<http://www.bukof.de/down/handreichung-personalentwicklung.pdf>

### Bildung schützt vor Armut nicht

Lektürtetipp: Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler aus Köln, setzt sich mit der Frage auseinander, ob mehr Bildung ein Schlüssel gegen Armut ist. Er kommt zu dem Schluss, dass ein quantitativer Ausbau und eine qualitative Verbesserung des Bildungswesens unerlässlich sind. Aber: „Statt die Armen mit leeren Bildungsversprechen und illusionären Aufstiegshoffnungen abzuspeisen, wie das gegenwärtig geschieht, müsste der Bund die Reichen stärker zur Kasse bitten und mit den Steuermehreinnahmen die soziale Infrastruktur für überforderte und hilfebedürftige Familien verbessern.“

[http://www.fr-online.de/\\_inc/\\_globals/print.php?em\\_cnt=1350024&em\\_ref=/in\\_un\\_d\\_ausland/politik/dokumentation&em\\_ivw=fr\\_doku&em\\_client=fr&em\\_site\\_color=1&em\\_site\\_style=1&em\\_site\\_template=1&em\\_site\\_text=1](http://www.fr-online.de/_inc/_globals/print.php?em_cnt=1350024&em_ref=/in_un_d_ausland/politik/dokumentation&em_ivw=fr_doku&em_client=fr&em_site_color=1&em_site_style=1&em_site_template=1&em_site_text=1)

## **VI. Neu im Netz**

### Neues Internetportal „Internationales“

Der Bereich „Internationales“ der GEW präsentiert sich mit einem völlig neu gestalteten Internetauftritt. Hier finden sich ab sofort zahlreiche Informationen zu aktuellen internationalen Themen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen sowie Berichte zu Projekten und Kooperationen.

[http://www.gew.de/GEW-International\\_2.html](http://www.gew.de/GEW-International_2.html)

### **Impressum**

GEW Niedersachsen  
Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)  
Berliner Allee 16  
30175 Hannover

Vi.S.d.P. Elke Michauk, Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen